



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Fortschritte der sozialpolitischen Debatte. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

internationalen Beziehungen und eine größere Gefahr für die europäischen Interessen in Ostasien ein, als der „auf Annam beschränkte Krieg,“ den Frankreich bisher schon Monate lang geführt hat.



Fortschritte der sozialpolitischen Debatte.

2.



in kurzer Blick auf die „Haider Thesen“ genügt, um den ultramontanen Vorwurf, daß in ihnen die Rechte der Kirche verleugnet würden, und zwar auf Kosten der staatlichen Allmacht, zu widerlegen. Merkwürdigerweise behandeln diese Thesen, wie schon bemerkt, eigentlich nur eine der vom Fürsten Löwenstein auf dem katholischen Kongreß angeregten Fragen; sie beschränken sich auf die Arbeiterfrage (welche doch, im weiteren Sinne wenigstens, auch die Handwerkerfrage umfaßt), und die Wucherfrage blieb ganz beiseite — wir fürchten fast, um ja nach keiner Seite hin Hörner oder Zähne zu zeigen. Ohne Zweifel hat man erkannt, daß man mit Berührung dieser Frage sich alsbald im Fahrwasser des Antisemitismus befunden haben würde; und gegen dergleichen ertönten ja nicht bloß auf dem Frankfurter Kongresse aus dem ultramontanen Lager ernsthafte Verwahrungen. Wenn man übrigens weiß, daß der zweite Direktor einer Hypothekbank (der Dr. Steinle aus Frankfurt, der sich gern „von“ Steinle nennt) bei den Haider Beschlüssen mitgewirkt hat, nachdem er bereits vorher mehrfach Verwahrung gegen die Annahme antisemitischer Tendenzen innerhalb der ultramontanen Kreise eingelegt hatte, so kann man sich nicht mehr verwundern, daß die Wucherfrage auch von der Versammlung in Haid mit großer Behutsamkeit umgangen wurde. Was dagegen die Grundentlastungs- oder die Agrarfrage anlangt, so ist sie auf einer spätern Versammlung in Salzburg erörtert worden und hat ebenso zur Aufstellung von Thesen geführt. Lassen sich aber in den Haider Thesen, wenn auch im dunkeln Hintergrunde und fast ganz verwischt, die Anschauungen des Pater Weiß, des Verfassers der Apologie des Christentums, erkennen, so treten in den Salzburger Thesen schon klarer die agrarischen Anschauungen des Redakteurs Jäger in Speyer zu Tage, wie er sie in seiner „Agrarfrage der Gegenwart“ zum Ausdruck brachte.

Diese beiden Thesenreihen bilden also den Angelpunkt des sozialwirtschaftlichen und sozialpolitischen Programms, das nun nach der Meinung ihrer Ur-

heber der katholische Kongreß in Düsseldorf bestimmter als Richtschnur für die katholische Thätigkeit zusammenfassen sollte. Kurz zusammengefaßt gestalten nun die Thesen die sozialpolitischen Aufgaben etwa in folgender Weise. Indem die Handwerkerfrage im Haider Programm vorangestellt ist, fordert dasselbe getrennte Behandlung von Handwerk, Großindustrie und Hausindustrie. Der Handwerkerstand wird in Verbindung mit dem Stande der Landwirte als Hauptstütze des sozialen Zusammenhanges bezeichnet, und seine Neubefestigung wird für eine soziale Notwendigkeit erklärt. Gegenwärtig jedoch befindet sich der Handwerkerstand in Desorganisation, welche durch obligatorische Zünfte und durch Handwerkerkammern nach Analogie der Handelskammern überwunden werden soll. Auch sollen, ebenso wie gegenwärtig Handelsgerichte für Handelsstreitigkeiten bestehen, Handwerkergerichte für die Klagen auf dem Arbeitsgebiete errichtet werden. Sowohl Meister als Gesellen und Lehrlinge sollen innerhalb der Handwerkerzunft ihre begrenzten Rechte und Pflichten angewiesen erhalten. Dem Meister ist ein Befähigungsnachweis aufzuerlegen, und ebenso soll der Lehrling, bevor er zum Gesellen erklärt werden kann, durch eine Prüfung seine genügende Ausbildung erweisen. Die Gesellen sollen von den Zünften im handwerksmäßigen Sinne geleitet und während der Wanderschaft sowohl moralisch als materiell unterstützt werden; zur Kontrolle sollen die Arbeitsbücher dienen. Desgleichen sollen die Lehrlinge insbesondre moralisch sorgfältig geleitet werden; die kirchlichen Pflichten derselben werden mehrfach betont und die Hinleitung dazu wird der Zunft zur Pflicht gemacht. Umsoweniger läßt sich der Vorwurf der Zentrumsprelle begreifen, daß durch das Programm auf Kosten der Kirche die staatliche Allmacht gefördert werde. Indem aber wohl das Programm hinsichtlich der moralischen Angelegenheiten und hinsichtlich gewisser Außerlichkeiten die Beeinflussung durch die Zunft verlangt, fehlt hinsichtlich der sozialpolitisch am schwersten wiegenden Frage, nämlich hinsichtlich der Ausbeutung der Lehrlinge, die seinerzeit nicht wenig dazu beigetragen hat, das allerdings verzapfte Zunftwesen um den letzten Kredit zu bringen, jede Andeutung. Hier aber hätte vor allem angefaßt werden müssen, und hier vor allem sind strikte Grundsätze notwendig. Auch die Grundzüge hinsichtlich des Meisterverhältnisses, wie sie in den Haider Thesen gegeben werden, zeichnen sich nicht durch Sicherheit aus und scheinen uns nicht den Kern der Sache zu treffen. Allerdings sollen die Zünfte möglichst selbständig die Verhältnisse der Zunftgenossen untereinander regeln, sie sollen wirken für Hebung des Standesbewußtseins, sollen auch die Güte der von den Meistern gelieferten Arbeiten kontrollieren. Sie sollen ferner gewerbliche Fachschulen errichten und kontrollieren; sodann sollen sie — allerdings nötigenfalls unter Staatshilfe — für Errichtung gemeinschaftlicher Betriebswerkstätten und Magazine, sowie für Regelung des Kreditwesens wirksam sein. Endlich soll durch die Zünfte die gewerblich-soziale Vereinsthätigkeit, die Gründung von Lehrlingsanstalten, Gesellenhospizen und sonstigen charitativen

Anstalten zum Ersatz des Elternhauses und zur Förderung der sozialen und technischen Entwicklung der Innungsangehörigen unterstützt und geleitet werden.

Das klingt alles sehr gut; aber man dürfte leicht erkennen, daß alle diese Aufgaben in ihrer Darstellung doch nicht mehr sind als Verlegenheitsgaben, zu denen man auf dem Wege des Kompromisses kam, um nur nicht ergebnislos auseinanderzugehen. Es sind vielfache Ziele gestellt; aber über die Grundlage, über die Organisation und über die Mittel, die doch ohne Zweifel notwendig sind, um jene Ziele auch nur anzustreben, und die daher zunächst wichtiger sind als die Ziele selbst, geht man still hinweg. Höchstens sind einige solche Mittel aus der staatlichen Einwirkung gezogen. Es soll nämlich der Staat die Innung unterstützen durch Förderung des gewerblichen Unterrichts, durch Herstellung der allgemeinen Sonn- und Feiertagsruhe, Markenschutz und Verpflichtung zur Markenführung, Regelung des Submissionswesens und der Absatzverhältnisse (!), des Hausirwesens, der Wanderbücher und der Gefängnisarbeit. Läßt sich hieraus die eigentlich klägliche Stellung, die man dem Staate dem Handwerkerwesen gegenüber zuweisen will, erkennen — womit der Lärm der Zentrumspresse wegen der staatlichen Allmacht vollends als ein Schlag ins Wasser erscheint —, so noch mehr die unbedingte Unsicherheit und Unklarheit, in der man sich wegen einer wirksamen Zunftorganisation und wegen der Grundlagen, auf welchen sie notwendig ruhen muß, wenn sie überhaupt lebensfähig sein soll.

Wir wissen wohl, daß die katholischen Sozialpolitiker, von deren Ideen man allerdings bei Abfassung der Haider Thesen ausging — freilich um dann sehr abzuschweifen —, einen andern Begriff vom Zunftwesen in seiner Blütezeit haben, als er sonst landläufig ist. Jenen Sozialpolitikern ist bekannt, daß die alte, übrigens in jahrhundertlangem Kampf erwachsene mittelalterliche Zunft (innerhalb welcher das Handwerk eine unvergleichliche Blüte erreichte), bevor sie dazu kam, weite Ziele ins Auge zu fassen und mit Kraft und Entschlossenheit zu erstreben, erst nach festem Zusammenschluß suchte, indem sie die gemeinsamen Interessen völlig verschmolz und die Einzelinteressen der einzelnen Zunftgenossen, wenn nicht auflöste, doch den Gesamtinteressen gänzlich unterordnete. Die Erstarrung und endlich der Zusammenfall der alten Zunft war dagegen die Folge des Abweichens von dieser Grundlage, indem man die Zunftorganisation der Ausbeutung durch das Einzelinteresse verfallen ließ. Die Aufstellungen des Haider Programms bleiben weit entfernt von solchen Voraussetzungen; sie bewegen sich noch völlig auf dem Boden des Individualismus, und ihr Ziel geht offenbar nicht weiter als bis zu einer gewissen Milderung des Kampfes aller gegen alle, keineswegs bis zur Beseitigung desselben. Und doch müßten Bestrebungen, die von christlichen Grundsätzen ausgehen, nichts weniger als die Beseitigung jenes Kampfes im Auge haben.

Alle Zunftbestrebungen werden ohne praktisches Ergebnis bleiben, wenn sie sich nicht auch die gewissermaßen organisatorischen Einrichtungen oder Gestaltungen, in denen sich die wirtschaftliche Betriebsweise des Manchesterturns bewegt, zu Nutzen machen und dieselben für sich verwerten. Die Zünfte der Zukunft mit praktischer Wirksamkeit müssen unbedingt bis zu gewissen Graden als Produktivgenossenschaften wirken; wenigstens als Genossenschaften, in denen der kapitalarme Einzelne die Voraussetzungen findet, unter Bedingungen, welche der Kapitalarmut entsprechen, aus seiner Arbeit den gebührenden Lohn und Gewinn zu ziehen. Die Innung der Zukunft muß daher nicht nur die Voraussetzungen zur Behauptung des Marktes (diesen Begriff im weitesten Sinne des Wortes) sich schaffen, sondern sie muß auch verstehen, die Beschränkungen für den einzelnen Gewerbsgenossen, welche zugleich die Bedingungen für die Behauptung des Marktes sind, herzustellen und durchzuführen.

Es erscheint uns zunächst als durchaus falsch und ungenügend, die Lehrlingsfrage bloß in so äußerlicher Weise, wie es in den Haider Beschlüssen geschieht, zu behandeln. Die Lehrlinge dürfen, wenn man wirklich der Zunft wieder eine Einwurzelung geben will, garnicht mehr den einzelnen Meistern überlassen werden, sondern man muß sie einfach als Zöglinge der Zunft betrachten und behandeln. Die Anleitung zum Handwerk muß unter fortgesetztem Einfluß durch die Zunft geschehen, und es ist nichts gethan, wenn man sich auf Fortbildungsschulen und auf eine Gesellenprüfung beschränken wollte. Für „Fortbildungsschulen“ schwärmt ja auch der Liberalismus, und der praktische Wert von Prüfungen ist ein höchst zweifelhafter. Es kommt aber auch darauf an, die so oft vorkommende Ausbeutung und Erschöpfung jugendlicher Kraft im Auge zu behalten, und es erscheint unbedingt als Pflicht einer gewerblichen Zunft, ihren jungen Nachwuchs ebenso in der Kraft wie in der Geschicklichkeit zu entwickeln. Man irrt sehr, wenn man meint, das Lehrlingswesen sei während des Höhepunktes der Zunftzeit ebenso verrottet gewesen und die Lehrlinge seien in gleicher Weise zu bloßen Objekten der Ausbeutung zu machen gewesen wie in der Epoche des Zunftverfalls. Vielmehr war die Zunft nach Maßgabe der damaligen Erkenntnis sogar außerordentlich besorgt um das Wohl ihrer jüngsten Mitglieder und um die Ausbildung derselben, und daraus ist gerade die große Leistungsfähigkeit des Handwerks im Mittelalter, die man noch heute bewundert, hervorgegangen.

Allein zur Handhabung einer guten Zunftorganisation, die nicht nur ihren Mitgliedern soviel gewähren kann, daß sie deren Nutzen einsehen — denn die alten Zünfte sind zu Grunde gegangen zum Teil auch deshalb, weil ihre eignen Angehörigen ihren Nutzen in Frage zogen —, gehören auch Mittel, die man nicht etwa durch laufende Beiträge von den Zunftgenossen zu beschaffen hoffen darf. Wenn nur entfernt etwas Ersprießliches geleistet werden sollte, so müßten

diese Beiträge so hoch sein, daß die Zünfte sofort als eine Last, nicht als eine Wohlthat empfunden werden würden.

Hier liegt aber der Punkt, auf den wir hinwiesen, indem wir sagten, daß die Bestrebungen der Zunft der Zukunft sich die Vorteile der organisatorischen Einrichtungen des Manchesterturns nicht entgehen lassen dürften. Die Macht des modernen Kapitalismus beruht lediglich auf der Beherrschung des Marktes. Sowohl die Landwirtschaft als das Handwerk kranken hauptsächlich daran, daß sie keinen Markt mehr haben, und die Schwierigkeit der Lage beider beruht wesentlich darin, daß sie nicht nur einerseits keine Anstalt machen, den Markt für sich zurückzugewinnen, sondern andererseits dem Gegner sogar in die Hände arbeiten durch Unterstützung seiner Intentionen. Haben doch z. B. die bairischen Landwirte schon verschiedene Versuche gemacht, in München eine Produktenbörse einzurichten! Sie hofften von derselben, d. h. von der Organisation der Agiotage mit landwirtschaftlichen Werten, unglaublicherweise Vorteil für sich, obgleich die Erfahrung lehrt, daß die Not der produzierenden Massen in ganz demselben Maße zunahm, als das Spiel mit den produzierten Werten und mit den Mitteln der Produktion sich ausdehnte. Man begreift also in praktischen Kreisen so wenig die tieferen Ursachen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, daß man sogar die Hand bietet zur Steigerung derselben, und daß man den kleinen Punkt wirtschaftlicher Freiheit, den man allenfalls noch besitzt, den Eingang zum Markte, sogar verlassen will wegen des Phantoms der Kapitalgewinnung, das man mit völliger Einschlebung der Börse an die Stelle des Marktes zu gewinnen hofft!

Der moderne Markt setzt aber Billigkeit voraus. Indem die moderne Wirtschaftspolitik mit der Zeit sich fast ausschließlich auf die Interessen des Handels zuspitzte, also in die Differenz zwischen Produktionskosten und Konsumtionspreis den Schwerpunkt der Wirtschaftlichkeit legte, daher auch die Massenproduktion außerordentlich begünstigte, entzog sie eigentlich erst dem Handwerk den materiellen Boden des Gedeihens. Sie setzte den Markt immer weiter in die Ferne und hob mehr und mehr die unmittelbare Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion auf. Unsere industriellen und größtenteils auch unsere gewerblichen Verhältnisse sind auf den Export zugespitzt, und man arbeitet immer noch mit Macht an der Anspannung und Ausdehnung dieses Verhältnisses. Soweit geht z. B. die Verkennung der Vorbedingungen einer gesunden Entwicklung des Kunstgewerbes selbst bei seinen berufenen Vertretern, daß der kunstgewerbliche Vereinstag in München einen Beschluß faßte, dahingehend, es möge vonseiten der Reichsregierung die Ausfuhr kunstgewerblicher Erzeugnisse gefördert werden.

Hier begiebt man sich in Gefahr, nicht nur ohne Not, sondern sogar indem man blindlings die Früchte der Arbeit gefährdet und das Arbeitsgebiet, dem man eine sichere Basis schaffen sollte, einfach in die Luft hängt. Der gesunde Menschenverstand schon muß sagen, daß die Ergebnisse der Arbeit umso sicherer und vorteilhafter für den Urheber derselben werden, je mehr ihr Verbrauch auf

ihn selbst zurückwirkt. Und umgekehrt wird der Arbeitsertrag umso mehr gefährdet und jedenfalls umso geringer werden, je entfernter die Absatzpunkte sind; umso leichter können aber auch die Absatzpunkte durch die Konkurrenz und selbst durch bloße Zufälligkeiten abgeschnitten werden, wodurch die Gewerthätigkeit, welche vorzugsweise oder vielleicht gar ausschließlich auf den Export zugeschnitten und angewiesen ist, den innern Halt verliert und in fortwährendem Schwanken sich befindet. Es entspricht vollkommen diesem Zustande, wenn der jährliche Durchschnittsatz der Bankerotte in England die Zahl von 10 000 übersteigt. Nicht minder giebt das fortwährende Aufsteigen und Zurückfallen von praktischen gewerblichen und industriellen Bestrebungen für diese Verhältnisse eine Probe, die man sicher nicht als gut bezeichnen kann.

Gleichwohl müßte auch die Zunft mit diesen Verhältnissen rechnen, denn sie bestehen in höchst einflußreicher Wirksamkeit und das Handgewerbe leidet nicht wenig unter denselben. Daher müßte denn auch eine Aufgabe der Zunft in der Emanzipation von diesen Verhältnissen, ja sogar in der Überwindung derselben bestehen. Allein zunächst muß auch sie sich in die geschaffenen Verhältnisse schicken und es ihren Genossen ermöglichen, in die vorhandene Konkurrenz ebenfalls erfolgreich einzutreten. Das wird man aber praktisch nicht erreichen durch die sogenannte Verbesserung der Kreditverhältnisse, welche für den, dem sie nützen sollen, immer eine Verschlechterung der Lage nach sich ziehen, auch nicht durch bloße polizeiliche Maßnahmen — Prüfung der Arbeiten der Zunftgenossen durch die Zunft —, sondern durch eine Organisation, welche die Zunftgenossen unmittelbar auf den Gebrauchsmarkt führt. Letzteres bedingt natürlich einerseits, daß die Zunft in erster Linie auf dem Rohstoffmarkt bis zu den Quellen vordringe und den Zunftgenossen den Bezug der Rohstoffe nicht nur zu den billigsten Preisen, sondern auch zu denselben „koulanten“ Bedingungen, welche die moderne wucherische Konkurrenz bietet, gestattet. Ja sie muß diese Konkurrenz sogar unterbieten, muß ihr die Spitze abbrechen durch Vorteile, welche die Wucherkonkurrenz zu bieten gar nicht imstande ist.

Allerdings hat es in neuerer Zeit nicht an Versuchen gefehlt, welche scheinbar auf dasselbe, was hier gefordert wird, hinauslaufen. Man hat die sogenannten „Rohstoffgenossenschaften“ auf Schulze-Delitzsch'schen Prinzipien; aber sämtlich bestehen sie nur mit Mühe, wenn sie sich überhaupt gehalten haben, und sie vermögen gegen die Privatkonzurrenz nicht aufzukommen. Indes beruht dies lediglich darauf, daß die Schulze-Delitzsch'schen sogenannten Genossenschaftsprinzipien keinerlei sozialen Wert haben und sich völlig innerhalb des manchesterlichen Mißwirtschaftszirkels bewegen. Alle Schulze-Delitzsch'schen Gründungen sind kapitalistischer Art und haben den kapitalistischen Zweck der Dividenden- und Tantiemenreißerei. Die Schulze-Delitzsch'schen „Genossenschaften“ sind gar keine Genossenschaften im deutschen Sinne, sondern lediglich Aktiengesellschaften mit unbeschränkter Haftbarkeit. Die Genossenschafter haben der Genossenschaft gegenüber

keinerlei Rechte als die auf Dividende und eventuelle Rückzahlung des Kapitals, und auch ihre Verpflichtungen gehen ausschließlich nach dieser Richtung. Die Genossenschaften der Schulze-Delitzsch'schen Observanz sind immer reine Kreditinstitute, auch wenn sie als Rohstoffgenossenschaften oder als Konsumvereine auftreten. Sie haben immer nur den Zweck, den persönlichen Kredit einer größern Anzahl von Personen zu kumulieren und der kapitalistischen Ausbeutung zugänglich zu machen, nicht aber den, die wirtschaftliche und moralische Kraft des Einzelnen zu heben — was prinzipiell als eigentlicher Genossenschaftszweck gelten sollte, und was auch die Zünfte ins Auge fassen müssen, wenn sie irgend eine praktische Bedeutung für das soziale Leben gewinnen wollen.

Die gegenwärtigen Rohstoffgenossenschaften, wie sie hier und da bestehen, ebenso die Konsumvereine, sind nicht ausschließlich für die Genossenschafter vorhanden, wie dies doch nach genossenschaftlichen Prinzipien der Fall sein sollte, und sie begründen auch nicht für den Genossenschafter die Verpflichtung, die Artikel, welche die Genossenschaft führt, ausschließlich von ihr zu beziehen, wie es doch ebenfalls, wenn die Genossenschaft eine Wahrheit wäre, sein müßte. Ebenso wenig hat der Genossenschafter den Vorteil des Kredits der Genossenschaft gegenüber, oder doch bei den Konsumvereinen eines billigeren Bezuges. Bei diesen letztern nutzt wohl die Verwaltung der Genossenschaft den kumulierten Kredit der vereinigten Genossenschafter nach Möglichkeit aus; aber auf die letztern fällt davon nur der Schatten, nicht einmal der Vorteil verhältnismäßig besserer Versorgung ist ihnen der Privatkonkurrenz gegenüber sicher. Und alledem gegenüber haben sie die Last der Haftbarkeit mit dem gesamten Vermögen, womit sie eventuell für die Mißgriffe oder gar Verbrechen der Verwaltung, über die sie nur eine Scheinkontrolle haben, aufkommen müssen. Es ist daher erklärlich, daß diese angeblichen Genossenschaften, trotz ihres verlockenden Auftretens, nur einen Scheinerfolg aufzuweisen haben und zum großen Teil wieder in das Nichts zurückgesunken sind. Dasselbe Schicksal aber würde unfehlbar den Zünften blühen, wenn auch sie nur den genossenschaftlichen Schein borgen wollten.

In der That muß die Leitung der Zünfte, wenn sie eine Zukunft haben sollen, den Kredit, den wir ja stets unter den zukünftigen Aufgaben der Zünfte nennen hören, nicht nur erfassen nach seiner kumulativen Seite hin, wie die modernen Genossenschaften, sondern sie hat das, was eigentlich am Kredit gutes ist — und das ist eigentlich nicht viel —, im Interesse der gesamten Genossenschafter auszunutzen. Der Kredit also, den die Zunft durch Kumulation des Kredits ihrer Angehörigen gewinnt, muß in vollem Maße auf diese selbst zurückwirken, und die Zunft darf nicht etwa verfahren nach Art der gegenwärtigen Rohstoffvereine, welche zwar Kredit nehmen, „prinzipiell“ jedoch denselben ihren Angehörigen verweigern; auch dann ist dies „Prinzip“ zu verwerfen, wenn etwa zünftlerischerseits ein besondres Kreditinstitut für Baarvorshüsse an die Mitglieder daneben gestellt werden sollte. Die einzige zulässige Art, aber auch

die dringendste Notwendigkeit unter den bestehenden Verhältnissen, ist die Gewährung von Naturalkredit an die Zunftgenossen und die Eröffnung der Möglichkeit eigener Kreditgewährung an ihre Geschäftskreise, sowie die Herstellung eines regelmäßigeren Geschäftsganges, als ihn die Zerfahrenheit der modernen Wirtschaftsverhältnisse gestattet. Hierin beruhen die Angelpunkte der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Kleingewerbe und beim eigentlichen Handwerk; hier ist die Stelle, über den jene nicht hinauskönnen und wo sie von der kapitalistischen Konkurrenz erschlagen werden. Nur dann, wenn es der Zunft, auch der obligatorischen, gelingt, an diesem Punkte Wandel zu schaffen, nur dann hat sie Aussicht, sich zu behaupten und zu entfalten, ja zu einer Macht anzuwachsen. Auch die Zunft des Mittelalters ist nur solange blühend geblieben, als sie vermochte, die wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten der einzelnen Zunftgenossen zu ergänzen, und sie hat dies lange Zeit hindurch in sehr hohem Grade vermocht.

Die Zunft muß also zunächst die Vorteile der kapitalistischen Wirtschaft für ihre Angehörigen nutzbar machen, aber die Nachteile derselben für ihre Angehörigen möglichst zu mildern suchen. Dies aber kann nie geschehen durch Anwendung des Geldkredits, wohl aber durch den Waarenkredit für die Zunftgenossen, der geradezu eine zünftlerische Institution sein muß. Die Zunftgenossen müssen verpflichtet sein, ihre Rohstoffe und ihre Werkzeuge nur durch die Zunft zu beziehen, und diese gewährt ihnen den Kredit, der sonst in der modernen Geschäftswelt üblich ist. Dieser Kredit kann sogar ein höherer sein, weil schon die bloße Zunftangehörigkeit dieser und den Zunftgenossen gegenüber eine Vertrauensstellung gewähren soll, welche Vertrauensstellung nur durch tatsächlichen Mißbrauch verwirkt werden darf. Gleichviel also ob die Zunft die Rohstoffe und die Werkzeuge und Maschinen auf Kredit — den sie in genügendem Maße alsbald nach ihrer organischen genossenschaftlichen Gestaltung haben wird — bezieht oder sofort baar bezahlt, an ihre Zunftgenossen, die ja gezwungen sind, ihren gesamten Rohproduktionsbedarf von ihr zu entnehmen, wird sie Kredit zu gewähren haben nach Maßgabe des Kredits, den diese selbst gewähren müssen, um mit der Kapitalkraft konkurrieren zu können. Die Bedingungen des Kredits aber müssen sich wesentlich auf persönliche Momente stützen, die einen wesentlichen Hintergrund durch die Zunftgenossenschaft empfangen. Es ist auch schon vorgeschlagen worden, die Zunft solle die Regelung der Kreditverhältnisse zwischen ihren Genossen und deren Kundschaft ebenfalls in die Hände nehmen, um auf diese Weise vielerlei Mißlichkeiten, die sich oft in diesem Verhältnis herausstellen, zu beseitigen. Dies solle derart geschehen, daß alle Lieferungen, die nicht gegen sofortige Baarzahlung erfolgen, zunftordnungsgemäß der Zunft zu überweisen sind. Diese hat die Zahlungsfristen festzustellen und die Einziehung der betreffenden Beträge zu besorgen sowie dieselben dem Einzelnen auf seinem Konto zu verrechnen. Daß indeß diese Aufgabe schwieriger ist als die obenbezeichnete, wird man nicht verkennen, und ge-

rade sie müßten wir als den Hinweis auf eine strengere, auch wirtschaftliche Zusammenschließung der Zünfte betrachten, obwohl uns scheint, als hätte man da, von wo der betreffende Vorschlag ausging, in demselben ein bloß äußerliches Hilfsmittel der Unterstützung des Kredits im Auge.

(Schluß folgt.)



Desideria der Elementarlehrer.



ie Verhandlungen des preußischen Landtages, welche vor kurzem wieder ihren Anfang genommen, haben damit begonnen, daß bei den Budgetberatungen, wie in früheren Jahren, auch diesmal gleich in den ersten Sitzungen einige Abgeordnete, z. B. die Herren Rickert und Windthorst, mit Wärme für einzelne Wünsche der Lehrermwelt eingetreten sind. Diese Fragen werden das Haus der Abgeordneten noch weiter beschäftigen, und es dürfte angemessen erscheinen, in Kürze auf die wichtigsten Desideria dieses Standes einzugehen, umsomehr weil es fast zur Mode geworden zu sein scheint, daß die politischen Parteien, ganz besonders die Fortschrittspartei, sich gegenseitig um die Gunst und Unterstützung der Lehrer reißten, sodas jeder Wahl für den Landtag oder Reichstag eine förmliche Jagd um die Stimmen und Bemühungen der Lehrer voranzugehen pflegt. Wir wissen das aus wiederholter genauer Beobachtung, wissen, daß die liberalen Parteien ohne weiteres in vielen Lehrern, ja fast in allen, Gesinnungsgenossen erblicken und ihnen behufs Agitation vor den Wahlen ganze Pakete von Stimmzetteln zugehen ließen. Noch steht ein Bäuerlein vor unsern Augen, dem von seiten seines Lehrers ein fortschrittlicher, von andrer Seite ein konservativer Kandidat dringlich empfohlen worden war und der in seiner Unentschlossenheit und Unkunde aus bedrängtem Herzen die Klage und Frage an uns richtete: „Wem in aller Welt soll ich nun folgen? Der Lehrer ist ein geschickter Mann, der muß wissen, wen man wählen kann und soll, aber auch der andre wird mir doch nichts Schlechtes raten.“ Zwar ist das Verbreiten und Austragen der Stimmzettel durch die Schulkinder von den Regierungen strengstens untersagt, aber kontrolliren läßt sich natürlich nicht, was alles neben und außerhalb der Schule geschieht, und wir sind überzeugt, daß auch heute, ebenso wie früher, die Lehrer in Menge sich zu Handlangern und Gehilfen der entschieden links gerichteten Parteien hergeben.

Ob das zum Vorteil der Schule und des Lehrerstandes geschieht, das zu prüfen und zu untersuchen unterlassen wir hier. Mag jeder deutsche Mann